



Landesfamilienrat

Baden - W ü r t t e m b e r g



Eltern beteiligen, nicht überfordern! Schule aus Familienperspektive

Stellungnahme des Landesfamilienrates Baden-Württemberg und des Landeselternbeirates Baden-Württemberg

Am 15.2.2011 führte der Landesfamilienrat Baden-Württemberg zusammen mit dem Landeselternbeirat Baden-Württemberg eine Fachtagung zur Frage der Elternbeteiligung in Schulen durch. In den Vorträgen und Diskussionen an diesem Tag wurde eindrucksvoll herausgearbeitet, dass das Ziel einer gelingenden Erziehungspartnerschaft, wie es im Schulgesetz und in der Landesverfassung vorgesehen ist, an den baden-württembergischen Schulen noch lange nicht im ausreichenden Maß gelebt wird. Folgende Hauptproblemfelder wurden gesehen:

Problemfeld: Staatliche Reglementierungen

Eltern erfahren in den verschiedensten Bereichen rund um das Thema Schule zuerst einmal die Vorgaben des Staates. Dazu gehören

- die von den Kommunen festgelegten Schulbezirke im Grund- und Werkrealschul- und Hauptschulbereich
- der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung
- die Festsetzung von Notenhürden, die den Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen regulieren soll, oder den Übergang von der Realschule zu den Beruflichen Gymnasien, aber auch den Übergang von Klasse 9 Hauptschule / Werkrealschule in die Klasse 10, die mit der Mittleren Reife abschließt usw.

Problemfeld: Nicht gelebte Erziehungspartnerschaft / Mangelnde Mitbestimmungsmöglichkeiten

Es ist nicht zu erkennen, dass in Baden-Württemberg Eltern und Schule echte Partner bei der Erziehung und Bildung der Kinder sind, es fehlt die gewollte stärkere Einbindung der Eltern in den Bildungsprozess. Dies zeigt sich an den oben genannten Vorgaben des Staates und zusätzlich in den Ausführungen des Schulgesetzes sowie der Elternbeiratsverordnung, die den Eltern nur in einem schulischen Organ die Mitbestimmung garantieren, und zwar in der Schulkonferenz. In dieser sind die Eltern aber laut Schulgesetz immer in einer Minderheitenposition. Gelebte Erziehungspartnerschaft sieht nach unserer Auffassung anders aus. So bieten auch die Sitzungen der Klassenpflegschaft und die des Elternbeirates keinerlei Möglichkeiten, bindende Beschlüsse zu fassen, die im Schulalltag Niederschlag finden.

Es braucht mehr Mitbestimmungsrechte und damit eine Aufwertung der Elternrolle in der Schulkonferenz; hier sind Änderungen im Schulgesetz dringend erforderlich!

Landesfamilienrat und der Landeselternbeirat fordern dazu eine landesweite Konzeption, welche die aktive und wirksame Elternarbeit zum Ziel hat. Diese Konzeption muss, ausgehend von entsprechenden Projekten, in die Fläche verbreitet und regelhaft umgesetzt werden! Ebenso gehört das Thema Elternarbeit verbindlich und in ausreichender Stundenzahl in die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften!

Problemfeld: Mangelnde Öffnung der Schule hin zu Partnern im Sozialraum

Schulen müssen sich aber nicht nur den Eltern öffnen, sondern auch mit anderen Partnern im Sozialraum zusammen arbeiten. Dazu gehört in erster Linie die Schulsozialarbeit, die dringend in allen Schulformen ausgebaut werden muss. Wichtig ist auch die Zusammenarbeit zwischen Schule und verschiedenen Akteuren vor Ort, etwa den Beratungsstellen oder der Eltern- und Familienbildung. Auch Angebote der Kinder- und Jugendhilfe oder der Offenen Jugendarbeit müssen in die schulische Arbeit integriert werden. Es braucht dazu den politischen Willen und entsprechende Entscheidungen der oberen Verwaltungsebenen, um die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Nur dann kann Schule mehr sein, als ein Ort, der ausschließlich Lernen und Stoffvermittlung zum Inhalt hat.

Problemfeld: Finanzielle Überforderung der Familien

Ein sehr wichtiger Punkt, der ebenfalls auf der Fachtagung herausgearbeitet wurde, ist die finanzielle Überforderung vieler Familien durch schulische Kosten. Zwar garantiert die Landesverfassung eine Kostenfreiheit der Schulbildung, jedoch stellt sich diese garantierte Kostenfreiheit im Alltag oft als reine Worthülse dar. Verbreitet müssen zusätzliche Schulbücher gekauft werden, ebenso Zirkel, Taschenrechner, Einbände für die Bücher. Auch Klassenfahrten oder Wandertage sind von den Eltern zu bezahlen. Eine große Belastung stellen die Kosten für das Mittagessen bei Ganztagesunterricht dar, besonders bei Familien mit mehreren Kindern.

Ganz zu schweigen von eventuell nötigen Kosten für Nachhilfe, die von vielen Familien nicht aufgebracht werden können. Hierfür geben die Eltern im Bundesdurchschnitt am meisten Geld aus. So relativiert sich die These, dass Baden-Württemberg die besten Schulen habe: Baden-Württemberg hat vor allem in großer Zahl Eltern, welche die Defizite der Schulen mit eigenen finanziellen Möglichkeiten auszugleichen versuchen! Daraus ergibt sich unmittelbar der nächste Punkt.

Problemfeld: Eklatante soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem

Es zeigt sich immer wieder, wie stark in Baden-Württemberg der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft der Kinder abhängt, auch hier belegt unser Bundesland den ersten Platz in der Republik. Wir brauchen mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem!

Diese schafft man nicht nur durch eine Änderung des Unterrichts, hier müssen Konzepte greifen, bei denen eine individuelle Förderung der Kinder im Mittelpunkt steht. Individuelle Förderung muss sowohl den leistungsfähigen als auch den leistungsschwächeren Kindern nutzen. Noch ist unser Schulsystem nicht in der Lage, fehlende elterliche Unterstützung durch vorhandene schulische Ressourcen auszugleichen. Wir brauchen Schulen, die sich wieder verantwortlich fühlen für den Bildungserfolg aller ihnen anvertrauten Kinder.

Echte Lernmittelfreiheit und die Einbindung aller Eltern, auch derjenigen, die unsicher sind oder dem Bildungssystem fern stehen, sind wichtige Schritte hin zu einer Schule, die alle Kinder gleichmäßig fördert.

Solange jedoch ein System aufrecht erhalten wird, das auf die schulischen Probleme von Kindern und Jugendlichen mit Zurücknahme statt mit Ausweitung der Bildungsanstrengungen reagiert (wie z.B. mit Sitzenbleiben, „Abschulen“ etc.), ist es noch ein weiter Weg zu einer Schule, in der Vertrauen, Wertschätzung und die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit der am Schulleben Beteiligten die Grundlage für Leben und Lernen sind.

Stuttgart, April 2011

gez.

Christian Bucksch
Vorsitzender
Landeselternbeirat

gez.

Jürgen Rollin, Kirchenrat
Vorsitzender
Landesfamilienrat